

# Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung

••••• der Freien Stadt Danzig •••••

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 8.— Mk., vierteljährlich 24.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Einzelgenpreis: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach def. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 0.— Mk. von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3990.

Nr. 34

Donnerstag, den 9. Februar 1922

13. Jahrgang

## Das Geheimnis der Einheitsfront.

Die Kommunisten lassen nicht locker mit ihrem „Einheitsfront“-Geschrei. Nachdem sie diese Parole fast täglich in ihrer „Arbeiterzeitung“ ausgegeben hatten, haben sie nun auch wieder die Arbeitslosen als Vorspann in dieser Frage benutzt. In der Arbeitslosenversammlung, die am Dienstag stattfand, wurde auch über die Einheitsfront gesprochen und dabei eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Wir fordern, daß von den einzelnen Organisationen schleunigst die nötigen Schritte (zur Herstellung der Einheitsfront) getan werden und daß man es unterläßt, in der Presse die Einheitsfront des Proletariats zu hinterfragen, wie es in der letzten Zeit der Sozialdemokrat Loops getan hat.“ Daß die Mäher dieser Resolution von Vorausbedingungen für eine Einheitsfront nicht die geringsten Ahnungen haben, zeigen sie schon darin, daß sich ihr Aufruf sowohl an die freien Gewerkschaften als auch an die Syndikalistin und die Arbeiterunion richtet, die nur durch die wüßteste Schimpferei auf die freien Gewerkschaften der Öffentlichkeit von ihrem Dasein Kunde geben. Dieses Häuflein der Unionisten und Syndikalistin ist unter sich noch wieder in die verschiedensten Richtungen gespalten, die z. T. auch noch den Moskauer Kommunismus als reaktionär ablehnen. Und mit solchen Querulanten sollen klardenkende Arbeiter eine Einheitsfront bilden? Die Kommunisten schämen eben die geistige Reife der Arbeiterklasse nach ihren eigenen Anhängern ein.

Die Väter der Einheitsparole benutzen dabei jede Gelegenheit, um die Sozialdemokratie in der wüßtesten Weise zu beschimpfen. Wir nagelten schon kürzlich die blöden Anrempelungen der „Arbeiterzeitung“ gegen die Genossen Ebert und Brüder, sowie gegen die Führer der freien Gewerkschaften fest. Unsere Stellungnahme zum Streik der Eisenbahner und Berliner Arbeiter nennt das Blatt eine „Hebe gegen die Streikenden“. Eine weitere Blüthenlese aus dieser Einheitsfrontepistel lautet: „Die Volksstimme“ tut so, als ob sie nicht wüßte, daß die verräterische Sozialdemokratie jetzt von der Reaktion nur den Fußtritt erhält, den jeder Judas einmal von seinem Auftraggeber erhält.“

Ist das nun Großmut oder Charakterlosigkeit, wenn die Kommunisten mit solchen „Verrätern“ und „Judassen“ eine Einheitsfront bilden wollen? Wir verzichten darauf, mit den Einheitsaposteln in dieser Art zu polemisieren. Festnageln wollen wir nur, daß die „Arbeiterzeitung“ dann völlig verliert, wo sachliche Polemik erforderlich ist. Als wir vorgestern die widerspruchsvolle Politik der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner kritisierten, die zum Teil Anschluß bei den Deutschnationalen und dann wieder bei den Kommunisten sucht, schreibt die „Arbeiterzeitung“ nur, daß sie es unterläßt, unsere Gründe auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Es ist eben viel leichter, zu schimpfen und zu verleumden, als sachlich Politik zu treiben.

Unsere Auseinandersetzungen mit der „Arbeiterzeitung“ haben noch einen weiteren Kämpfer auf den Plan gerufen. Die unabhängige „Freiheit“ nimmt auch zu der Einheitsfront Stellung und kommt dabei zu einer scharfen Beurteilung der Kommunisten. Da man den Unabhängigen eine gewisse Sachkenntnis über ihre ehemaligen Brüder nicht absprechen kann, geben wir nachstehend die Auslassung der „Freiheit“ wieder. Das Blatt schreibt:

„Wir würden uns in diesem hässlichen Konflikt nicht eingemischt haben, wenn nicht in der Danziger „Arbeiterzeitung“ unwahre Behauptungen über die U.S.P. Danzig enthalten gewesen wären. Die so jämmerlich zusammengebrochene kommunistische Partei Danzig will glaubhaft machen, daß im Januar v. J. die U.S.P. außer einigen Parlamentärsvertretern und den Mitgliedern des Gefangenenvereins „Freie Sänger“ geschlossen zur kommunistischen Partei übergetreten wäre. Es zeugt nicht nur von Unkenntnis der Verhältnisse, sondern auch von großer Borntheit, diese Behauptung aufzustellen. Der Redaktion der Danziger „Arbeiterzeitung“ mißte es bekannt sein, daß in dem Gefangenenverein „Freie Sänger“ unsere Parteigenossen wohl den Ausschlag geben, aber die Minderheit darstellen. Bei unserer Agitation auf dem Lande, ja selbst in größeren Gemeinden in der Nähe von Danzig, haben wir sehr schwer etwas von dem Bestehen einer Ortsgruppe der U.S.P. merken können, wo hingegen die U.S.P. Danzig sich ständig ausbreitet. Die

Arbeiterklasse Danzigs hat es eben satt, sich von Leuten leiten zu lassen, denen politisch jeder feste Halt fehlt. Auch wir wünschen, daß so schnell als möglich die Einheitsfront des Proletariats wieder hergestellt wird. Das kann aber nicht durch Phrasendrescherei bewerkstelligt werden, sondern dazu muß nicht nur der ehrliche Wille vorhanden, sondern auch die Verhältnisse dazu vorbereitet sein. Es ist auch höchst sonderbar, daß gerade die Spaltungspolitiker vom Januar v. J. jetzt so stark den Ruf nach der Einheitsfront erschallen lassen. Gerade diese Tatsache läßt an der Echtheit des Wunsches Zweifel hegen. Indem die Kommunisten die U.S.P. bei jeder Gelegenheit verleumden — wir erinnern nur an die wider besseres Wissen verbreitete Behauptung, die U.S.P. wolle sich an der Regierungskoalition beteiligen — und den Ruf nach der Einheitsfront, von der sie selbst nichts wissen wollen, fortwährend erheben, suchen sie nur Dumme zu fangen und den weiteren Zusammenbruch ihrer Partei aufzuhalten. Die Danziger Arbeiterklasse wird der Danziger „Arbeiterzeitung“ nur zurufen: Spiegelberg, wir kennen dich!“

Wenn wir das plötzliche Einheitsgetöse der Kommunisten ablehnten, so deshalb, weil wir wissen, daß es sich dabei nur um eine heuchlerische Masche handelt. Und zum Beweis dafür wollen wir den Moskauer Kardinal Sinowjew nennen, der sich in einer Sitzung der Moskauer Exekutive über den wahren Zweck der Einheitsparole ausließ. Die Internationale Pressekorrespondenz der kommunistischen Internationale, also gewiß eine unverdächtige Quelle, brachte aus der Rede Sinowjews über die „Einheitsfront“ folgenden Bericht:

„Nun darf man aber nicht übersehen, daß dieser Weg der Einigung, wie sie von den Kommunisten propagiert wird, auch sehr große Gefahren birgt. Sie bestehen darin, daß unsere Parteien teilweise noch nicht ganz kommunistische Parteien sind, sie haben sich noch nicht kristallisiert, noch nicht gut organisiert, noch nicht wirklich das Ziel zwischen sich und den zentralistischen Elementen zerschritten, noch nicht selbstständig geistig orientiert. Hier haben wir ein sehr feines Manöver durchzuführen. In manchen Parteien, wo noch halb zentralistische Führer sind, wird man sagen: Wir haben es ja immer gesagt, die Leute aus der 2. und 2½. Internationale sind nicht so schlammig um. Wozu braucht man da die Spaltung?“ Das ist eine dialektische Sache, die jeder Kommunist verstehen muß. Eben weil es eine Epoche von Spaltungen ist, und nachdem wir eine Macht geworden sind, können wir uns erlauben, unter gewissen Bedingungen mit der 2. und 2½. Internationale zu arbeiten, um schneller die Massen auf die Seite des Kommunismus herüberzuführen. Aber wenn wir die Spaltung nicht gemacht hätten, so wären wir selbstverständlich nicht der Faktor, der wir sind, und könnten dieses Manöver jetzt nicht durchführen. Es ist möglich, daß wir noch Spaltungen werden durchführen müssen.“

In der Tat, ein „sehr feines Manöver“. Jeder ehrliche Arbeiter aber wird einen förmlichen Ekel empfinden vor dieser Gesellschaft, die erst die Arbeiterbewegung zertrümmert, sich dessen noch rühmt und sie jetzt „einigt“ — um weiter spalten zu können.

## Die Eisenbahn wieder in Betrieb.

Nachdem sich die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten Dienstag nacht für Abbruch des Streikes erklärt hatte, erließ sie im Laufe des gestrigen Tages an ihre Ortsgruppen die Anweisung, die Arbeit möglichst bald wieder aufzunehmen. In vielen Stellen sind die Beamten zum Dienst zurückgekehrt. Wie der Aktionsausschuß der Reichsgewerkschaft mitteilt, dürfte seiner Aufforderung, den Streik sofort abzubrechen, überall entsprochen werden.

In Frankfurt a. M. haben die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes in einer Nachtversammlung eine Entschlebung angenommen, in der sie sich zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit in allen Dienststellen bereit erklären unter der Voraussetzung, daß die Eisenbahnverwaltung die gegen die streikenden Beamten, Angestellten und Arbeiter ausgesprochenen Maßregeln restlos zurückzieht.

Eine Vollversammlung der Berliner Telegraphenarbeiter hat gestern nachmittag beschlossen, daß die Arbeit am Donnerstag, den 9. Februar wieder aufgenommen werden soll.

Die Wiederaufnahme der Arbeit bedeutet natürlich noch nicht die Wiederaufnahme des Betriebes. Viele Bahnhöfe sind durch Laufende von eingefahrenen Wagen verstopft. Auch befinden sich viele Anlagen durch Eis und Schnee in unbrauchbarem Zustand. Wie vom Reichsverkehrsministerium mitge-

teilt wird, wird infolge des Zustandes der Eisenbahnanlagen und vor allem des Reparaturzustandes der Lokomotiven auch nach Wiederaufnahme der Arbeit nicht die vor dem Streik erreichte Betriebsleistung erzielt werden. Die Kosten für die Reparaturen an den Lokomotiven werden auf mehrere hundert Millionen geschätzt.

### Die politischen Streitwirkungen.

Der Streik der Eisenbahner wird im Reichstag im lebhaftesten politischen Nachspiel haben. Die Reichsparteien warfen der Regierung vor, daß sie den Eisenbahnern gegenüber zu nachgiebig gewesen sei, während die Kommunisten über die Abwicklung des Streiks durch Regierung und Gewerkschaften schreien. In der heutigen Sitzung des Reichstages wird deshalb Reichskanzler Dr. Brüning eine Regierungserklärung über die Haltung des Kabinetts im Eisenbahnerstreik abgeben. Nach dem Reichskanzler dürfte der Reichsverkehrsminister Groener das Wort ergreifen, worauf die Aussprache über den Streik beginnen wird.

## Das Ende des Berliner Streiks.

Der in so frivoler Weise begonnene Streik der städtischen Arbeiter Berlins hat ein klägliches Ende erreicht. Da der Streik auch in den Kreisen der Arbeiterklasse große Erbitterung hervorgerufen hat, gelang es dem Magistrat, andererseits Arbeitskräfte für die Betriebe zu gewinnen, die mit der technischen Not-hilfe zusammen die meisten Betriebe wieder in Gang gebracht hatten. Gestern abend hat nun die Streikleitung, auf die Erklärung des Oberbürgermeisters hin, daß infolge der Einstellung arbeitswilliger Kräfte bei Fortdauer des Streiks immer weniger Streikende Aussicht auf Wiedereinstellung hätten, beschlossen, den Streik abzubrechen. Bei einer Abstimmung der Streikenden am gestrigen Vormittag hat sich allerdings eine 2/3 Mehrheit für Fortsetzung des Streiks entschieden. Allerdings hat an der Abstimmung nur die Hälfte der Belegschaften teilgenommen.

Die Berliner Blätter stellen übereinstimmend fest, daß der Streik der Gemeindegewerkschaften mit einer schweren Niederlage derselben geendet habe. Die „Voss. Zig.“ schreibt: Dieser unwürdige Ausgang des Streiks entsprach der unwürdigen Art, wie der Kampf gegen die Ärmsten und Schwächsten der Bevölkerung geführt worden war. Die Herrenmenschen, die der Not der Kranken und Sterbenden gespottet haben, wichen sofort zurück, als sie sahen, daß sie entschlossenem Widerstand begegneten. Der „Vorwärts“, der den Streik als ein Verbrechen an der 4-Millionenbevölkerung Berlins bezeichnet, schreibt, daß dieser Streik, der die deutsche Arbeiterklasse ein Stück dem Paradiese näherführen sollte, ihr einen schweren Schlag versetzt habe. Die „Freiheit“ warnt den Magistrat vor Maßregelung der Streikenden, da die Abstimmung den noch bestehenden Kampfeswillen der Gemeindegewerkschaften zeigt habe.

## Poincaré wünscht Vertagung der Genuaer Konferenz.

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat an die englische und italienische Regierung eine Note gerichtet, in welcher er eine Zusammenkunft zwischen britischen, französischen und italienischen Vertretern vorschlägt, bevor die Konferenz von Genua stattfindet. Eine solche Präliminarkonferenz würde das geplante Programm von Genua im einzelnen prüfen müssen, um die alliierten Interessen gegen alle Sabotageversuche von seiten der russischen und deutschen Delegierten zu schützen und im voraus eine gemeinsame Aktionslinie festzusetzen.

Wie der „Petit Parisien“ offiziös mitteilt, hat die französische Regierung in ihrer Note an die englische Regierung über die Konferenz von Genua darauf hingewiesen, daß die Finanzkonferenz von Brüssel, die der Völkerbund organisiert habe, sechs Monate Vorbereitungen erfordert habe. Die Note rate deshalb an, die Konferenz von Genua um wenigstens drei Monate zu verschieben und diese Zeit dazu zu benutzen, die unerläßlichen Vorarbeiten zu leisten. Die Note schlägt ferner vor, zu bestimmen, daß keines der Rechte, die der Völkerbund aus dem Friedensvertrag erhalten habe, angetastet werde, ebenso wenig wie die Friedensverträge, die die Grundlage des internationalen Rechts von Europa seien. Diese Bedenken müßten die Konferenz von Genua verhindern, die Reparationsfrage zu behandeln.

# Das Werden einer neuen Welt.

In einer der letzten Nummern des „Guardian Weekly“ sagt G. C. Wells, einer der bedeutendsten englischen Schriftsteller, der den tieferen Sinn der Konferenzen von Washington, Cannes und wie sie alle heißen, in Verbindung mit der Tätigkeit des Völkerbundes zu verbinden. Er erblickt in all diesen teilweise selbständigen, teilweise einander fortlaufenden, teilweise darstellenden Veranstaltungen zur internationalen Lösung der brennendsten Probleme einer infolge der Erschütterungen des Weltkrieges in allen Teilen kranken Welt das Werden und Wachsen der Weltlichkeit, ihren Aufstieg aus dem Reich der Träume in das der lebendigen, greifbaren Wirklichkeit. Gerade diese tastende, das Ideal nicht mit einem Schlage vollendende, bald hier, bald dort vorstehende, experimentierende Art, wie die Organisation der Welt sich vollzieht, erscheint ihm als vielleicht der einzige wirklich mögliche Weg zu ihrer Verwirklichung. Die Vorstellung von einem Weltparlament, einem vollkommenen Völkerbund, der plötzlich blühend in die Erscheinung tritt und die Welt übernimmt, mag eine glänzendere und packendere Vision für den Menschensein sein. Die Weltlichkeit, der wir tatsächlich Schritt für Schritt entgegengehen, wird nicht ausgerichtet werden, wie man eine Flagge hält; sie wird wachsen wie ein Baum. Aber sie ist Wirklichkeit, und sie kommt. Die wahre Vereinigung der Nationen wird und wächst vor unseren Augen.

Inzwischen erwächst eine ungeheure Aufgabe allen Lehrern und Schriftstellern, Eltern und Rednern, allen, die Bildungsarbeit leisten, die etwas wie öffentliche Meinung schaffen und wandeln: das ist die Aufgabe, in den Herzen der Menschen einen neuen Geist zu erwecken, einen neuen Traum in ihre Seelen zu pflanzen, den Geist der Kameradschaft aller Menschen, den Traum, der ihnen die ganze, weite Welt auf ewig befreit zeigt von Krieg und Völkerzerfleischung, eine ganze, weite Welt unablässig sich entwickelnder Einheit, in der alle Rassen und Arten des Menschengeschlechts die Freiheit haben werden, auf ihre besondere Weise am Aufstieg der Menschheit zu immer höheren Stufen der Vollendung mitzuwirken.

## Frankreichs Wahn.

Ungeachtet der vernunftlosen Blindheit, mit der sich Frankreich Deutschland und Rußland gegenüber als Gläubiger ausleiht, ist es interessant, wie man in Paris den Beschluß des amerikanischen Parlamentes aufnimmt, endlich die Eintreibung der alliierten Schulden in die Wege zu leiten. „Journal“ erregt sich bereits in heftigen Klagen. Das Blatt berechnet, daß die 5 Milliarden Dollar, die die Alliierten von Amerika im Laufe des Krieges erhielten, zum gegenwärtigen Kurse 182 Milliarden Frank betragen würden. Frankreich, dem Amerika 18750 Millionen Frank ließ, mußte 39 Milliarden zurückzahlen, wobei die Zinsen nicht eingerechnet wären. Würden die Zinsen zu zahlen sein, würde sich die französische Schuld jährlich um 1 1/2 Millionen erhöhen. Diese Schuld lastet um so schwerer auf den Alliierten, als diese tatsächlich von Amerika kein Geld, sondern nur Kriegsmaterial im Werte von höchstens 20 Milliarden erhielten. Der Rest der ganzen Summe wurde zur Bezahlung der Arbeitskräfte und der Gewinne der Kriegslieferanten verwendet. Die Alliierten hätten also an wirklichen Werten nur 20 Milliarden Frank erhalten und sollen dafür 182 Milliarden zahlen. 88 Milliarden Frank zum gegenwärtigen Kurs sind 2 Milliarden Goldmark. Das ist die Summe, die Deutschland nach dem Londoner Ultimatum jährlich an die Entente abzugeben hat und die sich im Laufe der Jahre noch wesentlich erhöhen soll. Wenn Frankreich eine Gesamtsumme von 2 Milliarden

## Das verlorne Lied.

Von Müller-Wolf.

Fröhlich und gottvergessen sang der Schulmeister mit seinen sämtlichen ihm anvertrauten Schülern das schöne Lied:

Jeder Schächer wurde kühner,  
kühner jede Schächerin.

Winten im schönsten Taktschwingen und Maulaufreißern trat leiser Schrittes der Herr Hochwürden in die Schulstube, worauf, ihn bemerkend, die Kinder sofort noch um einen halben Ton höher und um einen halben Sentner lauter sangen und der Schulmeister mit feinen Knochenarmen noch um zwei Ellen weiter ausstrahlte. Hochwürden hörten sich das Lied bis zu Ende an, wüßten sich die Stirn, traten an den des wohlverdienten Lobes gewärtigen Dubenbändiger heran, zwinkten ihm am Nerkel und sprachen räumend also: „Mein lieber Herr Schulmeister! Wie trefflich macht er seine Sache. Die Kinder von welchem Eifer. Der Chor von welcher Ausgeglichenheit. Allein das Lied, mein Vetter, wie kommt er auf das Lied?“

Worauf der Schulmeister antwortete: „Es ist, so ich nicht irre, Hochwürden, dieses Lied von Herrn Geheimrat Goethe, wo nicht von König David gar, der, wie die Schrift vermeldet, auch ein Schächer war, gleich wie unsere Stadtherren in der glorreichen Mode dieser Zeiten, daß das Landleben wiederum gewürdigt wird.“

Worauf der Seelenkündiger also entgegnete: „Das Lied, mein Vetter, es ist lange nichts mindlichen wider seine Melodie. Die höffe ich oft und öfter noch zu hören. Dingen gegen schon er nur die Werte an. Wie kann man Kinder nur dergleichen Verfanglichkeiten fingen lassen? Schächer — Schächerin — Genug, mein Vetter, daß wir Allen solcherlei — wie sag ich — Schächerlein pflegen. Jedoch beher er nur die kindlichen Gemüter. Ich mein, er ändert die verdächtigen Worte und schafft das Aergernis beiheit.“

Sprach und entfuhr.

Am nächsten Morgen wurde nicht gesungen in der Schule. Die Kinder waren müsschenstill. Denn der Schulmeister dachtete.

den ihren Abstrich hat auf einen langen Zeitraum erkräftigt, als eine juristische Ratung, was sich denn Deutschland gegen das Reich der Völkerbündler fähig erweisen soll. Nichts Geringeres als den Wagnis der Völkerbündler ist die Welt zu sein.

Der Herr Vetter, der während des Krieges vor dem Kaiser in deutscher Gefangenenschaft geriet und später ausgehoben wurde, erklärte in der Kammer, daß die Kriegsgefangenen von Deutschland die Bezahlung von 1201 Millionen Frank für Rückzahlungswerte verlangten, die hierzu in die Kriegsgefangenenlager geschickt werden seien.

## Ein Riesenprozeß in Oberschlesien.

Der Pabzernil-Prozeß, der am 7. November v. J. begonnen hat und sich gegen nicht weniger als 21 Angeklagte richtet, hat heute der Vertreter der Anklage die Strafanträge gestellt. In seinem Plädoyer, das fast eine Woche dauerte, wies der Vertreter der Anklage darauf hin, daß durch die Fett-, Eier-, Mehl- und Kartoffelschleugungen die Angeklagten während der Zwangswirtschaft die Allgemeinheit nicht nur schwer geschädigt, sondern zum großen Teil auch große Uebergewinne eingestekt hätten. Angeklagt sind u. a. der Stabstretzer Pabzernil, welcher der Leiter der Lebensmittelstelle der Stadt Rattowitz war, Bureauvorsteher Waylawel, der als Bureauvorsteher der Fettstelle Oppeln ohne Erlaubnis des maßgebenden Regierungsrats dem Pabzernil Fette zwies, die dieser durch andere ebenfalls auf der Anklagebank stehende Personen an Industriewerke, Kommunen und Privatpersonen verschob, und Pfister, der in Oppeln das Lager der Fettstelle für rationierte Fette für Oberschlesien zu verwalten hatte und von dieser Stelle das Fett lieferte. Auf diese Weise haben sich besonders diese drei Angeklagten Hunderttausende von Mark verschafft. Wegen Hehlerel, Buchergewinn, Beamtenbestechung, Begünstigung usw. beantragte der Anklagevertreter folgende Gesamtstrafen: gegen Pabzernil sechs Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, gegen Waylawel sechs Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, gegen Pfister sechs Jahre Zuchthaus, 120 000 Mark Geldstrafe und 10 Jahre Ehrverlust, gegen den Kaufmann Bodo Paul zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, gegen den Kaufmann Karl Paul aus Oibenburg zwei Jahre Zuchthaus. Gegen die übrigen Angeklagten wurden geringere Zuchthaus- und Gefängnisstrafen beantragt. Insgesamt wurden beantragt: 80 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 10 Jahre 9 Monate Gefängnis, 168 500 Mark Geldstrafe, Einziehung von 2 004 794 Mk. Uebergewinn und Verschlagnahme von Bestechungsgeldern in Höhe von 480 780 Mark. Eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Anklagevertreter und den 14 Verteidigern gab es wegen des Antrages des Ersten Staatsanwalts, die Angeklagten, gegen die Zuchthausstrafe beantragt worden ist, sofort in Haft zu nehmen. Das Gericht lehnte den Antrag ab. Das Urteil in diesem Riesenprozeß, das dem Schieber- und Buchertum gilt und abschreckend wirken soll, ist im Laufe der nächsten Woche zu erwarten.

## Gegen unabhängige Demagogie.

Rudolf Hilferding, der Chefredakteur der „Freiheit“ wendet sich gegen seine Parteigenossen, um ihnen klar zu machen, daß der Gebrauch des Wortes „Einigungsstimmeln“ und die daran geknüpften Folgerungen der Arbeiterschaft den schwersten Schaden zufügen. Die Bourgeoisie sei überall zum Angriff übergegangen, der internationale Kapitalismus erstarkt und alle politischen und sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterklasse bedroht. In einer solchen Situation schärft den Kampf der U.S.P. gegen die S.P.D.

zu fordern, siehe die Interessen des Sozialismus. Bei den Entscheidungen der letzten Zeit habe es sich um ernste und schwierige Fragen gehandelt. Man könne die Entscheidung der Reichstageskammern für falsch halten, aber man dürfe bei ihrer Kritik das Ziel der Einigung nicht aus dem Auge verlieren. Hilferding geht bei seinen Betrachtungen über die Frage von einem Ausspruch eines U.S.P.-Mitgliedes aus, das gelegentlich einer Konferenz erklart hatte, „beim Einigungsstimmeln müsse ein Ende gemacht werden“. Das ist aber nicht nur der äußere Anlaß, mehr noch scheint die demagogische Ausnützung des Steuerkompromisses durch die U.S.P. der Grund für den Warnungsruf zu sein. Wir sind Gegner des Steuerkompromisses und können deshalb nicht in den Verdacht kommen, irgend welche faule Sache verteidigen zu wollen. Das eine aber müssen wir denn doch sagen: Die Unabhängigen täten besser, den Mund jetzt nicht so voll zu nehmen, wie es z. B. in einem Aufruf „an die Männer und Frauen der Arbeit“ geschieht. Wer ganz verantwortungslos, um nicht zu sagen: willenlos, die Geschicke der Arbeiterklasse einfach entwickeln läßt, aber wer trotz schärfster Gegnerschaft von Kompromissen dennoch Kompromissen zustimmt, sie aber im letzten Augenblick aus lauter Angst vor der eigenen Courage wieder ablehnt und sich dann obendrein noch darüber aufhält, wenn sie andere Kreise akzeptiert haben, der sollte doch lieber schweigen. Das empfindet offenbar auch Dr. Hilferding als das Richtige und deshalb wendet er sich, wenn auch in sehr versteckter Form, gegen solche Demagogie. Eine Einigung kann nur zustande kommen, wenn man es mit einem politisch ehrlichen Gegner zu tun hat. Solange die meisten Unabhängigen aber über diese Charaktereigenschaft nicht verfügen, solange wird auch die Einigung noch auf sich warten lassen.

Der große Hauswurf. Wie die ZL. aus München meldet, wurden wegen ihrer Stellungnahme zum Fall Friesland der kommunistische Landtagsabgeordnete und erste Vorsitzende der kommunistischen Partei in München, Graf, sowie die Bezirksleiter Aschauer und Holzappel in München aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Die P.P.S. in Deutsch-Oberschlesien. Die polnische sozialdemokratische Partei (P.P.S.) hat für denjenigen Teil von Oberschlesien, der bei Deutschland verbleibt, eine Sonderorganisation geschaffen, die jetzt mit einem Aufrufe hervortritt. Es wird darin nach einer prinzipiellen sozialdemokratischen Stellungnahme gegen den Kapitalismus die Unterdrückung durch die preussische Politik als das größte Uebel für die polnischen Arbeiter auch in der Zukunft hingestellt und die Autonomie Deutsch-Oberschlesiens in ähnlicher Weise verlangt, wie das von deutscher Zentrumsseite aus geschieht.

Hauptbetriebsratswahl im Reichsarbeitsministerium. Ebenso wie bei den Zentralbetriebsratswahlen im Reichspostministerium bedeuten auch die Hauptbetriebsratswahlen für das Versorgungswesen beim Reichsarbeitsministerium einen vollen Erfolg für die freien Gewerkschaften. Es erhielt die Liste der freien Gewerkschaften eine Stimmenzahl von 1534 und damit 8 Mitglieder des Hauptbetriebsrates, während die Liste des Gewerkschaftsbundes der Angestellten 8038 Stimmen und 2 Mitglieder, die Liste der Reichsvereinigungen 4414 Stimmen und 2 Mitglieder und die Liste des christlichen Gesamtverbandes der Angestellten-Gewerkschaften 1098 Stimmen und 1 Mitglied erhielt. Dadurch ist ausgedrückt, daß die Arbeitnehmer im Versorgungswesen die bisherige Arbeit der freien Gewerkschaften anerkennen und auch für die Zukunft ihre Interessen durch die freien Gewerkschaften vertreten lassen wollen.

Am übernächsten Tage aber scholl es laut herüber nach der Pfarre:

Jeder Käfer wurde kühner,  
kühner jede Käferin.

Schöne Maschinen. In der Technischen Hochschule Charlottenburg wurde eine neuartige Dauerüberwachungs-Einrichtung zum Schutze von Räumen jeder Art den Fachkreisen vorgeführt. Die Ueberwachung nach dem neuen System geschieht durch Seelenzellen, die von praktisch unsichtbaren Lichtstrahlen getroffen werden. Einfache durch die Räume gesandte Strahlen erzeugen die bisher erforderlichen Leitungen und Kontakte. Die Strahlen werden von kleinen schwachleuchtigen Lampen erzeugt und durch Lichtfilter gesondert. Eine Verdunkelung der Räume ist dabei nicht erforderlich. Beim Eindringen von Menschen wird die Einwirkung der Lichtstrahlen auf die Seelenzellen verändert, wodurch die Einbruchmeldung ausgelöst wird. Das Wichtigste an dieser Erfindung ist, daß man mit ihrer Hilfe nicht mehr nur wie bisher kleinere und mittlere Räume auf elektrischem Wege überwachen kann, sondern auch große, zusammenhängende Hallen, wie Museen, Säleräume usw.

Aus der Werkstatt der Briefmarkenfälscher. Das Briefmarkenfälschen ist eine Kunst, die so alt ist wie das Briefmarkensammeln. Aber mit dem gewaltigen Aufschwung, den dieser Sport in dieser Zeit der Postflut neuer Marken genommen hat, hat sich auch die Kunst der Briefmarkenfälscher außerordentlich vermehrt, und man muß jetzt sehr viel mehr als früher auf der Hut sein. Wenn die gefälschten Marken einen sehr hohen Wert besitzen, dann ist es außerordentlich schwierig, sie unterzubringen, denn jeder Händler und Kenner beobachtet die größte Vorsicht. Und trotzdem sind selbst Fälschungen der Markius von 1847 vorgekommen, die nur in etwa 10 Exemplaren existiert und deren Wert eine fünfstellige Ziffer darstellt. Am meisten gefälscht werden die südamerikanischen Marken; es gibt in Paris und in Montevideo Fälscherwerkstätten, die die früheren Ausgaben der Marken von Paraguay, Peru und Uruguay in großen Mengen neu herstellen. Die geschickteste Art des Fälschens von Briefmarken geschieht auf die Weise, daß eine alte, aber nicht sehr wertvolle Marke in ein chemisches Bad gesetzt wird,

modurch Farbe und Zeichnung vollkommen entfernt werden. Die gefälschte Zeichnung wird dann entweder mit Hilfe der Photographie oder mit der Hand auf dem Originalpapier angebracht. Dem Sammler bieten sich bei einer solchen Fälschung die wenigsten Argwohnsmomente. Das Papier ist zweifellos alt, die Perforierung absolut echt, und auch an dem Wasserzeichen ist nichts Verdächtigendes zu bemerken. Nur durch sorgfältige Vergleichung der Zeichnung mit derjenigen einer echten Marke kann die Fälschung entdeckt werden. In vielen Fällen erzielt eine durch die Post entwertete Marke einen viel höheren Preis als eine ungestempelte. Das gibt dem Fälscher eine leichte Möglichkeit, den Wert eines Stückes zu erhöhen. Kürzlich wurde eine ungestempelte Marke auf einem alten Briefumschlag, der aus der Zeit der Marke stammte, geklebt und der Poststempel sorgfältig gefälscht. So schien eine Entdeckung unmöglich, aber der Fälscher hatte einen schweren Fehler begangen, er hatte die Adresse mit einer modernen Schreibfeder geschrieben, und diese Tatsache führte einen aufmerksamen Sammler zur Entdeckung der Fälschung.

## Neues von Wilhelm Busch.

Wenn andre klüger sind als wir,  
Das macht uns selten nur Pfaffen,  
Doch die Gewißheit, daß sie dümmere,  
Erfreut fast immer.

Ich hörte mal, daß man Verdruß  
Womöglich streng vermeiden muß.

Vergebens predigt Salomo,  
Die Leute machens doch nicht so.

Obgleich die Welt ja, so sagen,  
Böhl manchmal etwas mangelhaft,  
Wird sie doch in den nächsten Tagen  
Vermutlich noch nicht abgeschafft.

Aus dem Archiv des Künstlervereins Jung-München, dem der junge Busch angehört.

## Die Abänderung des Einkommensteuergesetzes.

### Herabsetzung der Wertzuwachssteuer. — Verabschiedung des Körperschaftsteuergesetzes.

Die gestrige Sitzung des Volkstages beschäftigte sich ausschließlich mit Steuerfragen. Den breitesten Raum nahm dabei die Frage der Abänderung der Einkommenbesteuerung ein. Nachdem die bürgerlichen Parteien noch vor Monaten alle zugunsten der niedrigen Einkommen gestellten Verbesserungsvorschläge der Einkommensteuer abgelehnt haben, wird jetzt aus ihrer Mitte das Verlangen auf Abänderung des Einkommensteuergesetzes laut. Ob dieses Vorgehen gegen ein von ihnen selbst beschlossenes Gesetz dem Drängen der noch in ihren Reihen beständigen niedrigen Einkommensempfänger oder nur Kalkulationsbedürfnissen entspringt, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls mutete es sonderbar an, daß die Sprecher der Deutschen Partei jetzt Erleichterungen für die unteren Einkommen fordern, nachdem sie vorher alles getan haben, um diese aus härteste zu belasten. Der deutschnationale Redner Dr. Rehnus versuchte sogar die Redner der bürgerlichen Konkurrenzpartei aus dem Felde zu schlagen, indem er breit und gottesfürchtig die „Schonung der kleineren Einkommen“ als einen Grundsatz der deutschnationalen „Volkspartei“ pries. Angesichts der von den deutschnationalen bisher geübten rückwärtsigen Ausdehnung der breiten Massen kann man diese Behauptung nur noch als Verhöhnung auffassen. Wie sich die Deutschnationalen die Fürsorge für das „Volk“ denken, hatten sie bereits eingangs der Sitzung wieder einmal sehr deutlich bewiesen, als sie in Gemeinschaft mit den übrigen bürgerlichen Parteien die Wertzuwachssteuer anstatt zu erhöhen, wie es notwendig gewesen wäre, herabsetzten. Diese wahrhaft heldenhafte Tat zeigt, wie schon so oft, die rührende Fürsorge der bürgerlichen Parteien für — die bestehenden Schichten. Heute werden in der Fortsetzung der Debatte über das Einkommensteuergesetz die Redner der Linken zu Wort kommen.

Der Präsident eröffnete die Sitzung und teilte mit, daß an Stelle des Abg. Velding (D. P.) der Abg. Jonas in den Volkstag eingetreten ist. Es erfolgt sodann die zweite Lesung des Wertzuwachssteuergesetzes.

Abg. Dr. Neumann (D. P.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Die Senatsvorlage sehe vor, daß außer dem Verkäufer noch die Erwerber und alle am Verkaufsvertragsgeschäft beteiligten Zwischenhändler als Gesamtschuldner haften sollen für die Entrichtung der Wertzuwachssteuer. Der Ausschuss hat beschlossen, daß die Erwerber und Zwischenhändler zur Zahlung der Steuer in Anspruch genommen werden können, wenn es nicht möglich ist, von den Verkäufern die Steuer einzutreiben. Der Steuertarif ist im Ausschuss geändert worden, er bedeutet gegenüber dem früheren Zustand eine erhebliche Herabsetzung für den alten Besitz und kräftige Erfassung des jüngeren Besitzes. Der Ausschuss hat die letzten drei Staffeln der Steuer, unter die die Grundstücke fallen, die nur ein viertel bis zu einem Jahre in dem Besitz des Verkäufers waren, bis auf 85 Prozent erhöht.

Abg. Gebauer (N. S. P.) wies darauf hin, daß hier Gelegenheit sei, durch kräftiges Zufassen hohe Beträge für den Freikaufsfußel zu erhalten. Die Vorlage bringt eine Ermäßigung der Steuer gegenüber der Verordnung des Staatsrates. Der unverdiente Wertzuwachs könne kräftig besteuert werden. Redner hat, den Abänderungsantrag der N. S. P., der eine Erhöhung der Steuer vorseht, anzunehmen.

### Scharfe Erfassung des mühelosen Gewinns.

Abg. Gen. Preuß: Mit dem Grundgedanken des Gesetzes, daß der mühelose Gewinn besteuert wird, ist die Sozialdemokratische Fraktion einverstanden, trotzdem kann sie dem Gesetzesentwurf nicht zustimmen, weil der Steuertarif zu niedrig ist. Mit dem Schutz des alten Besitzes sind auch wir einverstanden. Durch den Wechsel von Grund und Boden werden die Produkte unnützlich verteuert. Zu befürchten ist, daß die Behörden das Wertzuwachssteuergesetz nicht so durchführen, wie es im Interesse der Allgemeinheit erwünscht wird. Bisher waren alle Aufwendungen des Besitzers für das zu verkaufende Grundstück bei der Steuer abzugsfähig. Das wurde bei Grundstücksverkäufen stets ausgenutzt. Die Angaben wurden nie nachgeprüft. Die Sozialdemokratische Fraktion hat deshalb einen Abänderungsantrag gestellt, der den jüngeren Besitz bis zu 3 Jahren stärker erfaßt. Bei der ersten Beratung dieses Antrages im Ausschuss stimmten deutschnationale Arbeitervertreter unserem Antrag zu. Bei der deutschnationalen Fraktion scheint das Mißfallen erregt zu haben, denn bei der nächsten Beratung erschienen zwei andere Vertreter und stimmten gegen unseren Antrag. Es wird immer betont, daß der Staat Geld braucht, hier ist Gelegenheit, etwas zu bekommen.

Abg. Schmidt (A.) erklärt, daß bei den Ausschussverhandlungen die bürgerlichen Parteien danach trachteten, das Gesetz für die davon Betroffenen möglichst günstig zu gestalten. Bei den Grundstücksverkäufen werde gewöhnlich ein großer Teil der Kaufsumme unter dem Tisch gezahlt und deshalb stehe das Wertzuwachssteuergesetz nur auf dem Papier. Die Kommunistische Fraktion werde dem unabhängigen Antrag zustimmen.

Abg. Langowski (Pole) betonte, daß seine Fraktion dem Gesetze zustimmen werde. Redner wendet sich aber gegen den Grundgedanken, daß auch der Erwerber für die Wertzuwachssteuer haften soll. Er kündigt diesbezügliche Abänderungsanträge an. Wenn die Anträge abgelehnt werden, müsse der Passus gestrichen werden, daß der Erwerber zur Zahlung der Steuer herangezogen werden könne, wenn die Einziehung der Steuer von dem Verkäufer unzulässig sei. Redner beantragte weiter, daß die Notare durch Gesetz verpflichtet werden, die Vertragsschlichter auf die Steuer aufmerksam zu machen.

Abg. Bricskorn (A.) wendet sich gegen den Gesekentwurf. Es sei ein Ausnahmengesetz gegen den Grundstücksmarkt, das die Freizügigkeit des ländlichen Grundbesitzers aufhebe.

Die Aussprache ist damit geschlossen. Die Paragraphen, zu denen keine Abänderungsanträge vorlagen, wurden vom Bürgerblock angenommen. Das Haus vertagte sich dann auf zehn Minuten, da die einzelnen Abänderungsanträge noch nicht gedruckt vorlagen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde ein Antrag der bürgerlichen Parteien, der die Stellung eines Steuervertreter verlangt, angenommen. Die Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion auf Erhöhung der Steuerätze wurden in namentlicher Abstimmung mit 60 gegen 34 Stimmen abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatte der unabhängige Antrag, der ebenfalls eine Erhöhung der Steuerätze vorschlug. Die polnischen Anträge wurden ebenfalls abgelehnt. Damit war die zweite Lesung der Ausschussvorlage erledigt.

### Es erfolgte nunmehr die dritte Lesung des Körperschaftsteuergesetzes.

Der Abg. Langowski (Pole) stellte sich auf den Standpunkt, daß die Bestimmungen über die ausländischen Gesellschaften auf polnische Firmen keine Anwendung finden dürfen, da eine solche Behandlung zu dem am 24. Oktober abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen im Widerspruch stehen würde. Ohne weitere Aussprache wurde das Gesetz in dritter Lesung unverändert angenommen.

Das Biersteuergesetz wurde ohne Debatte dem sozialen Ausschuss überwiesen.

### Danziger oder deutscher Steuertarif.

Von der Deutschen Partei war eine große Anfrage gestellt, die darauf hinwies, daß der deutsche Reichstag am 17. Dezember 1921 eine Herabsetzung des deutschen Einkommensteuertarifs dahin vorgenommen habe, daß das Einkommen bis zu 50 000 Mark nur mit 10 Prozent besteuert werde. Der Senat wurde gefragt, ob für Danzig ähnliche Erleichterungen zu erwarten sind.

Abg. Henke (D. P.) begründete die Anfrage. Die Geldentwertung habe weitere Fortschritte gemacht. Es sei deshalb unerträglich, wenn der Staat von den kleinen Einkommen noch Steuern verlange. Redner behauptete unter scharfem Widerspruch der gesamten Linken, daß seine Partei für die Schonung der kleinen Einkommen eingetreten sei. In Deutschland sei der Steuertarif erheblich günstiger als in Danzig. (Zuruf: Red: Es ist Schuld der bürgerlichen Parteien.) Es ist daher notwendig, daß auch in Danzig eine Herabsetzung des Steuertarifs eintritt. Redner wies an einzelnen Beispielen nach, um wieviel günstiger der deutsche Steuertarif ist als der Danziger. So zahlt z. B. eine einzelne Person bei einem Einkommen von 10 000 Mark in Danzig eine Steuer von 1000 Mark, in Deutschland dagegen nur 700 Mark. Versicherungsprämien können in Deutschland bis zur Höhe von 8000 Mark abgezogen werden, in Danzig dagegen nur bis 600 Mark. Erheblich günstiger ist der deutsche Steuertarif auch für die Verheirateten und für die kinderreichen Familien.

Senator Dr. Volkmann: In diesen Zeiten der sinkenden Kaufkraft der Mark kann man keine Einkommensteuergesetze oder Tarife für die Ermöglicht machen. Eine allgemeine Regelung der Steuerfragen ist enthalten in dem Entwurf eines Steuergrundgesetzes, der jetzt fertiggestellt ist und in den nächsten Tagen dem Steuerausschuss zugehen wird.

Zunächst aber lautet die Frage: Wie sollen wir unsere Einkommenbesteuerung im nächsten Jahre regeln? Es ist ganz verständlich, wenn man dabei zunächst nach dem Tarif sieht, der jetzt im Reich eingeführt ist. Wenn wir diesen Tarif aber hier einführen wollen, so ist das nur möglich, wenn wir auch die anderen Vorschriften der Einkommensteuergesetzgebung des Reiches hier einführen, insbesondere die von dem Vorredner bereits erwähnten Vorschriften. Da besteht nun der große Unterschied, daß im Reich die Besteuerung nach dem Einkommen der Gegenwart erfolgt, während bei uns das Einkommen des Vorjahres besteuert wird.

Für die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung wäre das Reichseinkommensteuergesetz wesentlich ungünstiger als unser Gesetz. Auch wenn man die Abzüge beachtet, bleibt in der Mehrzahl der Fälle ein Unterschied zugunsten der Besteuerung in Danzig (Widerspruch links.) Ich leugne nicht, daß in dem neuen Reichseinkommensteuergesetz die Frage der Abzüge günstiger für den Steuerpflichtigen geregelt ist als gegenwärtig bei uns.

Was die Abzüge anbelangt, so ist bei den Verhandlungen über das Einkommensteuergesetz im letzten Jahre die bestimmte Erklärung abgegeben worden, daß sie bei nächster Gelegenheit in einem dem Steuerpflichtigen günstigen Sinne geregelt werden sollen. Diese Zusicherung wird eingehalten werden.

Der Lohnabzug hat manches für sich und manches gegen sich. Es gibt gewisse Arbeiterkreise, die den Lohnabzug wünschen, aber ich glaube, die Mehrheit der Arbeiter lehnt ihn ab. Die übrigen Festbesoldeten würden sich voraussichtlich damit abfinden können. Dann muß man aber verlangen, daß man in dem gleichen Tempo bei den nicht Festbesoldeten Abzüge macht.

Abg. Dr. Niehns (D. P.) schloß sich im allgemeinen den Ausführungen des Senators Volkmann an. Die Annahme des Reichstarifs bedeute eine Erhöhung des Steuerabzuges für alle Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Besteuerung nach dem dreijährigen Durchschnitt sei dann ebenfalls nicht mehr möglich und bedeute eine Verschlechterung. Im Interesse des Steuerzahlers und des Staates sei eine Verzögerung bei der Steueranpassung zu vermeiden.

Abg. Dr. Eppich (D. P.) war von der Antwort des Senators Dr. Volkmann nicht ganz befriedigt. Senator Dr. Volkmann habe nicht gesagt, was er zu tun gedenke. (Zuruf: Er muß erst Niesen fragen!) Es stimmt nicht, daß der Danziger Tarif vorteilhafter ist als der deutsche. Es ist rechnerisch festgestellt, daß in vielen Fällen die deutschen Steuerätze erheblich günstiger sind. Welterzähler ist man in Deutschland auch in der Frage der Steuerabzüge; so gesteht man dort den Abzug von Werbefolgen, was man in

Danzig ablehnt. Für Verheiratete und kinderreiche Familien bietet die deutsche Steuererhebung erhebliche Vorteile gegenüber der Danziger. Senator Volkmann wird seine Behauptung, daß alle Danziger Steuerzahler bei Einführung des deutschen Steuergesetzes erheblich schlechter gestellt werden, nicht aufrechterhalten können. Es handelt sich hier nicht um Besteuerung nach dem Vergangenen, oder Gegenwartsinkommen, sondern darum, daß unser Steuertarif dem deutschen angepaßt wird. Für die Entwicklung Danzigs wird es vorteilhaft sein, wenn die Danziger Steuerätze etwas niedriger gehalten werden als im Reich.

In Folge der vorgerückten Zeit beantragte Abg. Wau Vertagung der Sitzung, da die Redner der Linken ausführl. zu der Steuerfrage Stellung nehmen wollen. Um 6 1/2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen und die nächste auf heute 8 Uhr einberufen.

## Danziger Nachrichten.

### Annahme des Schiedspruches von den Straßenbahnen.

In zwei überaus stark besuchten Betriebsversammlungen erstattete gestern der Bevollmächtigte des Deutschen Verkehrsbundes Werner Verdt über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss, der bekanntlich für die Straßenbahnbediensteten auf die im Oktober 1921 festgesetzten Tarifhöhe eine 60prozentige Zulage unter Fortfall der Wirtschaftsbefehle festlegte. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, den Schiedspruch anzuerkennen und die Organisationen beauftragt, auf Grund des gefälligen Schiedspruches ein neues Tarifverhältnis zu schließen. Insbesondere wurde die Frage eingehend erwohnen, ob es zweckmäßig wäre, die sogenannte soziale Wohnung beizubehalten, wie diese bei der am 1. Dezember gewährten Wirtschaftsbefehle der Fall war. Die Versammelten sprachen sich gegen eine solche Regelung aus, und es wurde der Grundsatz aufgestellt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das sei bei der Straßenbahn eine um so wichtigere Forderung, als bei dem aus Anlaß der Wiedereröffnung der Fischmarktlinie und der Einrichtung des Beschnittenverkehrs nach Neufahrwasser neu eingestellten Personal gezeigt habe, daß aus reinen Sparmaßregeln Rücksichten nur unverheiratete Leute bei der Einkellung berücksichtigt wurden. Mit einem kräftigen Appell des Versammlungsleiters, für den Ausbau der Organisation ständig tätig zu sein, wurde die Versammlung geschlossen.

### Dampferzusammenstoß im Eis.

Der deutsche Dampfer „Frieda Horn“ wurde in Great Yarmouth mit Herlingen beladen, um sie nach Danzig zu bringen. Das Schiff fuhr am 25. Januar ab und traf am 8. Februar in Danzig ein. Am 29. Januar war das Schiff in der Nordsee, in der Nähe des Zerichelling Feuer-schiffes. Es war zur Zeit der Ebbe und die Eisschollen trieben vom Strande weg ins Meer und die „Frieda Horn“ mußte vor diesem Eise auf die See flüchten. Um einen Zusammenstoß mit dem Dampfer „Laura“ zu vermeiden, warf der Dampfer „Horn“ den Anker. Die Gewalt der Eismassen war aber so stark, daß die Ankerkette brach. Dann kam der schwedische Dampfer „Lor“ vorbei und der Dampfer „Horn“ benutzte die Gelegenheit, im Fahrwasser dieses Dampfers zu folgen. Plötzlich bemerkte der Kapitän Staben vom Dampfer „Horn“, daß sich der Abstand beider Dampfer verminderte. Der Dampfer „Frieda“ wurde gestoppt und Begendampf gegeben; aber ein Zusammenstoß war nicht mehr zu vermeiden. „Lor“ machte ein Maschinenmanöver und stand deshalb still. Dem Dampfer „Horn“ wurden einige Platten eingedrückt, aber die Fahrt nach Danzig konnte fortgesetzt werden. In Danzig legte der Kapitän Verklärung ab.

Lebensmittelpenden für Rußland. Allen Interessenten, die bereits Lebensmittelpenden für ihre Verwandten und Freunde in Rußland bei der American Relief Administration Abteilung Danzig, Rembertusstraße 11, bestellt haben bzw. bestellen wollen, zur Kenntnisnahme, daß bereits Nachrichten von Empfängern in Rußland vorliegen, die die für sie anfangs Dezember in Danzig aufgegebenen Pakete mit großer Freude empfangen haben. Auch sind Nachrichten von Verwandten aus Rußland an die Stifter der Pakete in Danzig eingetroffen, die sich dankerfüllt für die Spende und ihre Zusammenfügung wie vorzügliche Beschaffenheit der Waren lobend aussprechen.

Neue Bauarbeiterlöhne im Großen Werder. Bei den gestrigen Verhandlungen für das Baugewerbe im Lohngesetz Großer Werder unter dem Vorsitz des Malerobermesters von Brzesinski-Danzig stattgefundenen Verhandlungen wurde nach langen Verhandlungen vereinbart, daß vom 1. März dieses Jahres ab der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer 11,2 Mk., für Hilfsarbeiter 10,55 Mk., für Mühlenarbeiter 10,35 Mk. beträgt.

Danziger Stadttheater. In Abänderung des Spielplanes gelangen am Sonntagabend das Hummerbüchische Märchen-spiel „Hänsel und Gretel“, sowie Tanzbilder zur Aufführung.

Das Werbefest der Freien Turnerschaft Danzig. Die Danziger Arbeiterturner veranstalten am Sonntagabend, den 18. Februar, im Wilhelm-Theater zugunsten der Teilnehmer am 1. Bundes-Turn- und Sportfest in Leipzig ein Werbefest. Es ist eine Veranstaltung größeren Stils. Gute turnerische und künstlerische Darbietungen stehen auf dem Programm. Keine Mühe ist gescheit, um dem Besucher dieser Veranstaltung zu einem wirklichen Genuß zu verhelfen. Der überaus niedrige Eintrittspreis (6 Mk.) soll es jedem Arbeiter nebst Familie gestatten, einmal einige genussreiche Stunden zu verleiben. Es ist zu wünschen, daß die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft sich der guten Sache der Arbeiterturner annehmen wird und für ein vollbesetztes Haus sorgt.



# Danziger Nachrichten.

## Wie die Erwerbslosenfürsorge arbeitet.

Und wird gefordert:

Im November 1921 wurde ein Arbeiter in der Tischlerei von Müller entlassen, weil er keine Ueberstunden machen wollte, nachdem er durch und durch nahegelegt war. Der Antrag auf Erwerbslosenunterstützung wurde abgelehnt, da Arbeitsverweigerung vorgelegen haben soll. Der Arbeiter wandte sich an seine Organisation, diese erreichte, daß erneut Ermittlungen angestellt werden sollten und vorläufig für zwei Wochen die Unterstützung gezahlt wurde. Vorkauf versprach der Leiter der Erwerbslosenfürsorge, Referendar Friedrich, den Ermittler zur Organisation zu schicken, damit diesem bestimmte Fragen vorgelegt werden, welche er an den Unternehmer richten sollte. Eines schönen Tages kam aber nicht etwa der Ermittler, sondern der betreffende Arbeiter zur Organisation und teilte mit, daß ihm die Unterstützung entzogen sei. Auf erneute Anfrage bei Herrn Friedrich erwiderte dieser, daß der Ermittler erneut bei dem Unternehmer gewesen sei und dieser nach wie vor behauptete, der Arbeiter sei wegen Arbeitsverweigerung entlassen. Deshalb sei die Unterstützung entzogen.

Entgegen den getroffenen Vereinbarungen wird also seitens der Erwerbslosenfürsorge einfach dem Arbeitgeber vorgelegt, und die von diesem gegebene Auskunft genügt, um einem Arbeiter die Unterstützung zu entziehen. Es wird auf die gegenteilige Aussage des betreffenden Arbeiters nicht einmal soweit Rücksicht genommen, daß man versucht, durch Befragen der Mitarbeiter Klarheit zu schaffen. Auch der Hinweis, daß der Arbeiter unter Tariflohn bezahlt wurde (statt 5,50 Mk. 2,80 Mk.) und schon aus diesem Grunde berechtigt war, die Arbeit zu verweigern, wurde trotz Beweisführung einfach in den Wind geschlagen.

Wir fragen hiermit diejenigen, die es angeht: Ist die Erwerbslosenfürsorge dazu da, um die Arbeiter wie Sklaven in einen Betrieb zu fesseln, gleich, ob sich der Arbeitgeber an tarifliche Abmachungen hält oder nicht? Sollte dies der Fall sein, dann wird es höchste Zeit, daß hier radikaler Wandel geschaffen wird.

Ein anderer Fall hat Anfang Dezember den Ausschuss des Volkstages für soziale Angelegenheiten beschäftigt. Obwohl von der Leitung der Erwerbslosenfürsorge dem Berichterstatter des Ausschusses zugesagt war, bis Ende Dezember Auskunft über den dringend beglaubigten Fall zu geben, ist diese bis zum 14. Januar nicht ergangen. Der Ausschuss sah sich deshalb gezwungen, die Eingabe auf Antrag des Berichterstatters an den Senat zur Verurteilung zu überweisen. Diese Verschleppung eines als dringend bezeichneten Falles veranlaßt selbst die regierungstreue „Danziger Zeitung“ die Tätigkeit der Erwerbslosenfürsorge unter der Epithete: „Wie sie arbeiten“ zu glossieren. Die trostlose wirtschaftliche Lage der Erwerbslosen verlangt, daß die Leitung der Erwerbslosenfürsorge der Behandlung der Anträge unbedingt mehr Sorgfalt angedeihen läßt. Es ist unbillig, daß ein Arbeiter bei den heutigen teureren Lebensverhältnissen monatelang auf die Zuweisung der Unterstützung warten kann. Die Gefahr, daß die Beschäftigungslosen durch die Saumseligkeit ausgebeutet werden, kann sowohl für den Betroffenen wie für die Allgemeinheit verhängnisvoll werden.

## Die Hausfrauen und die Milchpreiserhöhung.

Vom Wirtschaftsbund Danziger Hausfrauen geht uns neuer Bericht zu:

In der Montagsitzung wurden die Milchverhältnisse ein- und erörtert. Die heutigen Zustände beweisen, daß die Abnahme des Bundes stets richtig war. Die von uns geschlagene Einrichtung von Abmelkwirtschaften und die ständige Verfolgung mit Fruttermitteln hätten die heutige Lage verhindert. Die heutige Preiserhöhung der Milch ist verurteilt, da die Erhöhung dem Erzeuger bei der geringen Lieferung keinen wesentlichen Vorteil, also keinen besonderen Anreiz bringt, die Milchmehlflecker Milchhandels aber, Käser, Grob- und Kleinhandl., für Einbußen, die sie vielleicht durch Frachterhöhung oder geringeren Absatz erleiden, in den kommenden milchreichen Monaten voll entschädigt werden. Die Hoffnung, daß durch den Milchpreiserhöhung die Käsepreise niedrig bleiben werden, hat sich nicht erfüllt. Der heutige Preis, etwa 18 Mk. das Pfund Halbpfundkäse, muß als übermäßig angesehen werden. Die Hausfrauen erwarten, daß der Senat hier angemessene Preise festsetzt.

Mit Rücksicht auf die noch immer herrschende Grippe, die die Hausfrauen aus Haus weicht, wurde der Beginn der Tage in Langsuh auf das Ende des Monats verschoben. Haben sich für jede Art weiblicher Handarbeit schwerfällige Leibmehlflecker zur Verfügung gestellt so daß Gelegenheitsarbeit wird, sowohl neue Kleidungsstücke jeder Art herstellen, als auch alte auszubessern und auch die feinsten Arbeiten zu fertigen.

Dieser Bericht zeigt, daß die Wirtschaftspolitik des Senats in den bürgerlichen Hausfrauenkreisen abgelehnt ist. Allerdings verhindern diese Kreise eine Aenderung agrarischen Interessespolitik selbst, wenigstens solange, wie die Parteien unterstützen, die die Profitpolitik auf Fahnen geschrieben haben. Alle Proteste haben keinen Erfolg, wenn die bürgerlichen Frauen diese Tatsachen außer Acht lassen.

Der heutigen Volkstagsitzung liegt folgende um- und reichliche Tagesordnung vor: 1. Fortsetzung der Aussprache über die Aenderung des Einkommensteuergesetzes vom 27. Juni 21. 2. Eingaben. 3. Antrag auf Beschaffungsbefreiungen für die Veteranen vom 17. 4. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs betr.: Verlust der Danziger Staatsangehörigkeit. 5. Zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über die Ausweisung von Strafverurteilten. 6. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs betr.: Gerichte für land- und forstwirtschaftliche Betriebe. 7. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs betr.: Gerichte für staatliche und kommunale Betriebe und Behörden. 8. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs über Versicherungspflicht und Altersversicherung. 9. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs über Neuorganisation des Anlagen in der Unfallversicherung. 10. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs über Notstandsmassnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenen-, sowie der Angestelltenversicherung. 11. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs betr.: die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen. 12. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs betr.: Aenderung der Verordnungen über Wohnpfändungen. 13. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs betr.: Wochenbeihilfe und Wochenfürsorge.

## Die zollfreie Einfuhr von Maschinen und Zubehörrteilen.

Nach dem § 2 des Zusatzvertrages vom 21. 12. 21 zum Danzig-polnischen Abkommen werden Maschinen mit Zubehör für Danziger Industrie, Gewerbetreibende, Handwerker und Landwirte, die ihre Betriebe auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse einstellen oder neue Betriebe aus dem gleichen Anlaß aufnehmen, bis zum 31. Dezember 1922 zollfrei in das Gebiet der Freien Stadt Danzig herein- gelassen.

Die Genehmigung zur zollfreien Einfuhr von Maschinen mit Zubehör wird nur Firmen und Privatpersonen erteilt, die die Maschinen für ihren eigenen Bedarf benötigen. Vermittlerfirmen sind ausgeschlossen. Die Einfuhr kann nach Ermessen der Oberzolldirektion von der Sicherstellung des Zollbeschlages gemacht werden, der zurückzuerstatten ist, sobald der Empfänger den Nachweis erbracht hat, daß die Maschine in seinem Betriebe zur Verwendung gekommen ist.

Die Anträge auf zollfreie Einfuhr gemäß § 2 des Zusatzvertrages sind formelmäßig in dreifacher Ausfertigung bei der Handelskammer zu Danzig einzureichen. Die Antragsformulare können ab Freitag, den 10. Februar d. J., von den Geschäftsstellen der Handelskammer und Handwerkskammer abgeholt werden. Die Anträge werden von der Handelskammer nach erfolgter Nachprüfung durch ihre Sachverständigen gegebenenfalls unter Mitwirkung der Handwerkskammer und landwirtschaftlichen Organisation an die Oberzolldirektion weitergeleitet.

Bei Maschinen, die nachweislich nach dem 10. Januar 1922 verzollt eingeführt worden sind, kann Erstattung des Zolls bei der Oberzolldirektion beantragt werden, sofern der Nachweis geführt wird, daß diese Maschinen in dem Betriebe des Antragstellers in einer den Voraussetzungen des § 2 entsprechenden Weise Verwendung gefunden haben.

## Die Neugruppierung der Senatsangestellten.

Eine in dieser Angelegenheit im Volkstag gestellte Anfrage hat der Senat dahin beantwortet: Um die Gruppierung der Angestellten auf Grund des neuen Tarifvertrages vornehmen und die neuen Dienstbezüge errechnen zu können, mußten zunächst die Ausführungsbestimmungen erlassen und die Vor- drucke für die tabellarischen Berechnungen entworfen und hergestellt werden. Nachdem diese Arbeiten nunmehr beendet sind, ist mit der endgültigen Eingruppierung der Angestellten und mit der Berechnung ihrer neuen Dienstbezüge begonnen worden. Der Abschluß der umfangreichen und schwierigen Arbeit wird in etwa 14 Tagen bis 3 Wochen durchgeführt sein.

Der schimpfende Arbeitslosenrat. Der Maler W. S. war arbeitslos und Mitglied des Arbeitslosenrates. Als solcher ist er berechtigt, angebotene kürzere Beschäftigung abzuschließen, weil die Mitglieder des Arbeitslosenrates nicht oft wechseln sollen. S. war schließlich der einzige noch arbeitslose Maler. Als wiederum ein Maler verlangt wurde, wurde S. diese Arbeit zugewiesen. S. lehnte die Arbeit ab. Als ihm darauf die Unterstützung entzogen wurde, ging er in die Privatwohnung eines Beamten des Arbeitsamtes, und machte seinem Nerger Luft. Die Folge war eine Anklage wegen Beleidigung. Entscheidend dabei war, daß die Beamten und Angestellten des Arbeitsamtes eine Darstellung des Falles forderten. Auf Veranlassung des Stadtrats Dr. Meyer leistete S. dem beleidigten Beamten Abbitte. S. hatte sich nun vor dem Schöffengericht zu verantworten. Es zog seine Erregung in Betracht und verurteilte ihn wegen Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe.

Wieder auf freien Fuß gesetzt wurde die Witwe Wandner, die während der letzten Schwurgerichtsverhandlung unter dem Verdachte des doppelten Mordes im Gerichtssaal verhaftet worden war. Frau W. war bei der Verhandlung gegen ihren Bruder, den Kaufmann Johannes Schneider, als Zeugin geladen und wurde dann auf Veranlassung des Staatsanwalts in Haft genommen. Die Verdachtsmomente genühten jedoch nicht, um die Verhaftung aufrechtzuerhalten.

Ein Rohrbruch der Wasserleitung verursachte gestern nachmittag in Schildh eine Ueberschwemmung. Das nach Stolzenberg führende Hauptrohr der Wasserleitung war geplatzt, ein starker Wasserstrahl drang hervor und setzte die Straße Neue Sorge und einen Teil der Oberstraße unter Wasser.

Im Wilhelm-Theater erlebte gestern „Der Vogelhändler“, dessen Melodien einst auf allen Gassen gesungen wurden und der auch heute noch zum stehenden Repertoire einer Operettenbühne gehört, seine (wie viele?) Renaissance. Man kann diese Operette zu den wertvolleren zählen. Der Bahn der Zeit hat ihr noch nicht viel anzuhaben vermocht, ist doch die Jellersche Musik frisch und fließend. Der Text weist Sentimentalitäten rechtzeitig abzubauen. Für die beliebte Darstellung zeichnete Direktor Norman als Solist. Er selbst gab den Baron Wepf und erregte durch Witz, was ihm gefanglich verlag blieb. Annie Kunner war eine allerliebste Bräutchen, gesanglich und darstellerisch sicher und lebhaft. Ihre Stimme schien gestern besonders frisch. Für den erkrankten Charlie Broad spielte Walter Mann vom Stadttheater den Vogelhändler Adam. Nachdem er sich eingestanden hatte, bot er eine prächtige Leistung. Auch seine Darstellung ist nur zu loben. Gut war gesanglich auch Heinz Steinhilber als Graf Stanislaus. Darstellerisch war er matt. Dieser junge Schwadronier vertritt mehr Beweglichkeit. Die Kurfürstin Marie war bei Elisabeth in bewährten Händen. Nicht unerwähnt bleiben dürfen Georg Feldmann, der einen köstlichen Dorfschulzen machte, und Agnes Meißner-Carlo als Baronin Adelaide. Kapellmeister Kungel nahm sich der Musik mit viel Liebe und Sorgfalt an. Das Orchester bot erfreuliche Leistungen.

## Die Gewerke

Die Gewerke, beim Namen über die ungenutzte Leistung hat seinen Zweck, wenn es daran nicht das Ergebnis zeigt, daß wir den Widerstand gegen die Volkswirtschaft mit aller Kraft organisieren müssen. Da muß alle Frauen in diesem Hause, die uns fernsehen, dazu anfordern, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten und die „Sozialistische Front“ zu lesen, damit die Frauen gegen die vorkommenden Parteien geschlossen Front machen und ihren Einfluß in der Gesetzgebung beseitigen.

Vollzeitsbericht vom 9. Februar 1922. Festgenommen 18 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Diebstahl, 1 wegen Urkundenfälschung, 1 zur Festnahme aufgegeben, 4 in Vollhaft; obdachlos 2 Personen. — Gefunden: 1 br. Portemonnaie mit Geld, Zettel und Guppenmarken vom Städt. Gymnasium, abzuholen aus dem Findbüreau des Polizeipräsidiums; 1 Spazierstock mit Goldbeschlag, abzuholen von Herrn Adolf Kühn, Bleihof 1a; 1 Eisenbahnfahrkarte, abzuholen von Herrn Theodor Mumm, Schleichengasse 8. — Verloren: 1 Schm. Lederdergelbsteintasche mit ca. 150 Mark, 1 Pincenez mit gold. Ringel und gewöhnlichen Klaffern im Schm. Gut; 1 gold. Damenuhr auf der Rückseite blaue Blumen, im gold. Armband.

## Veranstaltungs-Anzeiger

- Sozialdemokratischer Verein Danzig. 8. Bezirk (Niederstadt). Donnerstag, den 9. Februar, abends 7 Uhr im Jugendheim: Mitgliederversammlung. 1. Richtbildervortrag: „Das Land der tausend Seen“. 2. Vereinsangelegenheiten. Arbeiter-Bildungsausschuss. Donnerstag, den 9. Februar, 7 1/2 Uhr, dritter Vortrag des Kursus „Weltkrieg und Weltfrieden“. Einzelkarten sind zum Preise von 1 Mk. an der Abendkasse zu haben. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Donnerstag, den 9. Februar, abends 8 Uhr, bei Schmiede, Schichaustraße 6: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Antwort des Senats auf unsere Lohnforderung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Jungsozialistengruppe: Morgen, Freitag, abds. 7 Uhr, im Parteilbureau: Vortrag des Genossen Maslow: Demokratie und Parlamentarismus. Anschließend Aussprache. Gäste willkommen. Deutscher Metallarbeiterverband. Vertrauensleute aller Gewerkschaften und Gewerkschaftsvereinigungen der D. M. u. A. M.! Sonnabend, den 11. Febr., nachmittags 3 1/2 Uhr, Knechtelplatz 1/2, Vertrauensmännerversammlung. Thema: Stellungnahme zum Schiedsspruch. Verbandsblätter und Ausweisarten sind vorzulegen. Filmbau. Lichtbildtheater Apollo. Ein fünfteiliger Abenteuer- und Epischenfilm, der sich „Zubex“ nennt, umfasst in seinem ersten Teil fünf sensationelle Akte. Geheimnisvolle Mächte wollen einen Bankier, der vor unfairen Geschäften nicht zurückzuckt, zwingen, die Hälfte seines Vermögens an die Armen abzugeben, was dieser jedoch nicht tat und deshalb den Tod erleidet. Der Kriminal-Stellenfänger „Schattenpflanzen der Großstadt“ zeigt, wie ein Emporkömmling selbst vor dem Vaterlandsverrat nicht zurückzuckt, um sich zu bereichern. Zum Schluss folgt ein Lustspiel „Sie konnten nicht zusammenkommen“ für heitere Abwechslung.

## Standesamt vom 7. und 8. Februar 1922.

- Todesfälle. Putzmacherin Charlotte Kohn, 23 J. 4 Mon. — Witwe Laura Kohn geb. Mahrensführer, 81 J. 3 Mon. — Frau Margarethe Börner geb. Parinich, 37 J. 4 Mon. — Kaufmann Elnas Meiser, fast 26 J. — Wächter Karl Borchert, 63 J. 6 Mon. — E. d. Kaufmanns Arthur Holz- böhner, 1 J. 11 Mon. — E. d. Bobbers Franz Thomiczky, 4 Mon. — Mittergutsbesitzer Fritz Wörk, 37 J. 8 Mon. — E. d. Bäckergehilfen Kurt Erdmann, 13 Tage. — E. d. Tisch- lers Stefan Kleindt, 7 Mon. — Invalide Johann Zeitka, 78 J. 9 Mon. — E. d. Arbeiters Joseph Pypke, 10 Mon. — Frau Vertha Neumann geb. Reimann, 47 J. 10 Mon. — Siffweihensteller Kurt Forstner, 24 J. 11 Mon. — Kauf- mann Joseph Cappallo, 44 J. 4 Mon. — Bureauhilfsarbeiter Gerhard Herrmann, 10 J. 10 Mon. — Arbeiter Johann Plotke, fast 61 J. — E. d. Arbeiters Waldemar Krueber, 6 Mon. — Invalide August Mangnowski, 70 J. 9 Mon. — Arbeiter Otto Scharnowski, 23 J. 9 Mon. — Schneider- meister Fritz Köhler, 55 J. 7 Mon. — Invalide Ferdinand Masche, 77 J. 4 Mon. — Geschäftsinhaberin Martha Claus, 51 J. 3 Mon. — Rentenempfängerin Elisabeth Arndt, 80 J. 8 Mon. — Getauer Johann Schwyner, 58 J. 9 Mon. — Bureau- angestellter Richard Oberheller, 31 J. 3 Mon. — Diakonie- angestellter Käthe Treuer, 43 J. 2 Mon. — Invalide Matthes Relechner, 75 J. 11 Mon. — Kassierer Franz Heilmann, 47 J. 9 Mon. — Arbeiter Johann Gronau, 62 J. — Zimmer- mann Gustav Morrenzin, 43 J. 10 Mon. — Frau Frieda Fabus geb. Janowski, 30 J. 1 Mon. — Unchel. 1 S., 1 Z.

## Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	6 —	am Vortage	6,05
Amer. Dollar:	192	"	188
Englisches Pfund:	840	"	860

## Wasserstands-richten am 9. Februar 1922.

Zapichost	6.2	7.2	Kurzbrack	+1.67	+1.62
	+1.26	+1.26	Montauretpipe	+1.12	+1.06
	7.2	8.2	Dickel	+1.21	+1.14
Warschau	+1.56	+1.56	Dirschau	+1.12	+0.64
	6.2	7.2	Einlage	+2.14	+1.94
Ploca	+1.56	+1.31	Schlewenhorst	+2.20	+2.10
	8.2	9.2	Schonau D. P.	+6.60	+6.62
Thorn	+1.26	+1.23	Walgenau O. P.	+4.68	+4.68
Jordon	+0.76	+0.72	Neuhorsterbüsch	+2.00	+2.02
Elm	+1.34	+1.27	Anwachs	+1.05	+0.97
Branden	+1.08	+1.07			

## Kleine Nachrichten.

Zusammenstoß zweier Güterzüge. Gestern nachmittag stießen zwei von der technischen Rathilfe geführte Güterzüge auf der Strecke Lehrter Bahnhof—Spandau in voller Fahrt zusammen. Beide Maschinen und eine große Anzahl Waggons wurden schwer beschädigt. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind zwei Personen getötet und vier schwer verletzt worden.

**Die Kleinarbeit**

hat in der sozialistischen Arbeiterbewegung — politisch wie wirtschaftlich — immer eine wichtige Aufgabe gehabt wie der Handel an der Börse; so wie ein Handel mit Aktien immer steigenden Schwankungen ausgesetzt ist, wenn es aufsteigen ist, im Gange hält, so darf auch die Kleinarbeit in der Parteibewegung immer nachlassen. Diese ununterbrochene Kleinarbeit für die politische Organisation erfordert noch mehr Kraftanstrengung und Unermüdbarkeit wie das Wirken für die Stärkung der wirtschaftlichen Organisation. Letztere basiert auf handgreiflichen Notwendigkeiten, die jedem leicht erklärlich gemacht werden können. Sie bringen für den Lebensnotwendigsten Erfolg. Die Zugehörigkeit zur politischen Organisation erfordert weiteren Eifer und noch größeren Opfermut an Zeit und Geld, meistens ohne materielle Erfolge für den einzelnen in naher Aussicht zu haben. Wir sehen daher auch heute noch wie früher in der Zahl der politisch und gewerkschaftlich organisierten Proletarier eine sehr große Differenz zugunsten der nur wirtschaftlich vereinigten. Daraus kommt seit einigen Jahren der erschwerende Umstand, daß drei sozialistische Parteien in der Kleinarbeit werden und wirken und bekanntlich ist keine dieser Parteien der andere gewogen. Jede gibt an und hat die Ueberzeugung, auf dem einzig richtigen Wege zum Ziele zu sein. Die Kleinarbeit ist dadurch natürlich sehr erschwert und erfordert noch bessere Selbsterfütterung in allen Handlungen wie in früheren Jahren. Die Nebeneinanderstellungen auf den Arbeitsstellen (Bau, Werkstatt, Fabrik, Bureau) über den Wert oder Unwert der einzelnen sozialistischen Parteien sind deshalb oft alles andere als angehend und begreifbar für politisch Indifferente oder politische Drückelberger. Ein älterer Arbeiter, Angestellter oder Beamter mit Lebenserfahrung und Urteilskraft, der bereits im früheren Staatsmilieu denken gelernt hat, ist ganz anders wie jener, dem erst während und nach der Revolution eine Selbstläufe aufging. Was dem Jüngeren an Erfahrung abgeht, erleben fast immer Worte und Tugenden. Dadurch wird die notwendige Kleinarbeit für Partei und Presse oft zu einem erbitterten Ringen mit Maulschweigen und Unvernunft und erklärlich ist es schon, wenn nun einige Genossinnen und Genossen nur noch schweigend zusehen, wenn andere laut und überlaut für ihre politische Organisation wirken und werden. Aber was erklärlich ist, ist durchaus noch nicht gutaussehend. Jedes Mitglied unserer Partei hat mit der Mitgliedschaft die erste Pflicht übernommen, für die Parteiorganisation Mitglieder zu werben und für unsere Presse Abonnenten und Inschriftenaufträge zu erzielen. Gelegenheit hat dazu jeder ohne Ausnahme. Sei er Arbeiter, Angestellter oder Beamter, im Betrieb, Familien- und Bekanntenkreis muß immer die Gelegenheit ausgenutzt werden. Genosse und Genossin, jung oder alt, alle sind zur Werbearbeit

berufen, sie dürfen niemals erlahmen, denn das unerwünschte und planmäßige Wirken zur Stärkung unserer Partei und Presse bildet den Kern der für die sozialdemokratische Partei!

Der Experimentalvortrag hält der hier bereits bekannte Physiker Dr. Stadthagen, Berlin, vom 14. bis zum 17. Febr. im Schützenhaus. In diesen Vorträgen werden die Themen: Wellenraumkälte und Comenitemperatur — Geheimnisse, Rätsel und Wunder der indischen Jogi's und Fakire — Geheimnisse des Okkultismus — Exkursion in das Geheimgebiet der Taschenspieler, Gaukler, Fakire und fahrenden Leute behandelt. Es steht zu erwarten, daß die mit erheblichen Kosten verknüpfte Veranstaltung auch hier in Danzig den großen Anklang finden wird, den sie — nach den aus vorliegenden Beitritten — in allen Weltstädten gefunden hat. Ein kurzer Blick in das reichhaltige, aus wissenschaftlichen Wundern zusammengesetzte Experimentalprogramm läßt diese Anziehungskraft auch verstehen. Die darin angeführten Schlagworte wie: Flüssige Luft — feste Luft — die Eis-erzeugung über Feuer — trockner Regen — flüssiges Licht brennend unter Wasser — das Schmelzen von Stahl in einer Papierhülle usw. versprechen einen wirklich außergewöhnlichen und lehrreichen Abend. Den Gipfel des Interessanten dürfte die angelegentlichste Herstellung von Edelsteinen darstellen. Unter Anwendung einer Temperatur von schätzungsweise über 8000 Grad Celsius wird der vorzutragende Tonerde zu Edelsteinen, Rubinen, Saphiren umgewandelt. Der fest begründete Ruf des Physikers Dr. Stadthagen als geschickter Experimentalist bürgt von vornherein dafür, daß wir sicher sein können, hier keinen unzureichenden Bluff geboten zu bekommen, wie es bei der heutigen skrupellosen Reklame ja leider nicht selten ist. Die erzeugten wasserklaren, wissenschaftlich echten schmelzfähigen Edelsteine werden an die Besucher zur Verteilung gelangen. Dieser bisher noch nie gebotene Umstand dürfte allein schon genügen, dem an ausverkaufte Abende gewöhnten Experimentalisten auch bei uns einen vollen Saal zu gewährleisten. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß dem Vortragenden die Fähigkeit nachgerühmt wird, sein Thema in volkstümlicher und humorvoller Unterhaltungsform zu übermitteln, so daß jedermann selbst der Schüler, dem Vorträge von Anfang bis Ende mit Verständnis und Nutzen belohnen kann. Alles in allem stehen hochinteressante Abende bevor, deren Besuch auf das Beste empfohlen werden kann.

zu sehen. Es ist daher für die Allgemeinheit von besonderer Wichtigkeit, in wie unverantwortlicher Weise hier die Beschäftigtenbetriebe betrieben wird. Nach Erhebungen der gewerkschaftlichen Organisation, die bis zum Jahre 1904 zurückreichen, entfielen in den Vorkriegsjahren auf je 100 beschäftigte Gehilfen in den Bäckereien 44 Lehrlinge. In den Kriegsjahren stieg diese Zahl infolge des Gehilfenmangels sehr schnell, und erreichte 1917 mit 148 Lehrlingen auf je 100 Gehilfen den Höhepunkt. Nach den fortwährenden Protesten und dem Erlaß von Verordnungen über die zulässige Zahl von Lehrlingen in den Betrieben erfolgte ein Rückgang. Bei der letzten Erhebung im verfloßenen November wurden aber immerhin bei einer Gesamtbelegschaft von 22877 Gehilfen 19589 Lehrlinge ermittelt, so daß mit 86 Lehrlingen auf je 100 beschäftigte Gehilfen der Stand vor dem Kriege noch weit überschritten wird. In den Konditoreien wurden bei 588 Gehilfen 3078 Lehrlinge festgesetzt. Hier entfielen auf je 100 Gehilfen 58 Lehrlinge gegen 80 im Jahre 1910. Durch den außerordentlich großen Nachwuchs kann im Bäckergewerbe der Gehilfenstand in 2 1/2 Jahren vollständig erneuert werden; in den Konditoreien nach 5 Jahren und 2 Monaten. Welt über den Reichsdurchschnitt hinaus sind bei den Bäckern 15 und bei den Konditoren 18 Verbandsbezirke. In Sachsen, Thüringen, Mitteldeutschland, den östlichen Bezirken und Württemberg werden allgemein bedeutend mehr Lehrlinge als Gehilfen beschäftigt.

**Sport und Körperpflege.**

**Arbeiter-Sportklub.** Sitzung Mittwoch, den 16. Febr., abends 7 Uhr, im Stadtturm. Alle neugewählten Delegierten müssen erscheinen.

**Freie Turnerschaft Langfuhr.** Montag, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Kleinhammer-Park, Marienstraße 16.

**Touristen-Verein „Die Naturfreunde“.** Nach dem Schmiratal. 8 Uhr Kohlenmarkt. Führer Partikel.



Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Dopp in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

**Stadtheater Danzig.**

Direktion: Rudolf Schaper. Heute, Donnerstag, den 9. Februar, abends 7 Uhr Dauerkarten B 1.

**Hänfel und Gretel**

Märchenoper in 3 Bildern von Adelheid Wette. Musik von Engelbert Humperdinck. In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Brischke. Musikalische Leitung: Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich.

Peter, Besenbinder . . . . . Ernst Claus.  
Gertrud, sein Weib . . . . . Margarete Reff.  
Hänfel | ihre Kinder . . . . . Gertrud Meiling.  
Gretel | . . . . . Elly Gladitsch.  
Die Anspirerhere . . . . . Alice v. d. Linden.  
Sandmännchen . . . . . Hella Boelcke.  
Taumännchen . . . . . Regina Bachhaus.

**Tanzbilder.**  
Ende 10 Uhr.

Freitag, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten C 1. Lannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg von Richard Wagner.

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1. Casparone. Operette.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Hänfel und Gretel. Märchenoper.

**Wilhelm-Theater**

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

Morgen, Freitag, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr

**„Der Vogelhändler“**

Operette in 3 Akten von Karl Zeller.

Sonntag, den 12. Februar: „Der keusche Lebemann“ Schwank in 3 Akten.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (6047)

**„Libelle“**

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

**Kunstverein**

Freitag, den 10. Februar, abends 8 Uhr in der Loge „Zur Einigkeit“, Neugarten 8 Prof. Jul. Zeiter-Leipzig: „Künstlerische Reklame“ (mit 100 Lichtbildern.) (6097)

Karten bei John & Rosenberg, Danzig, W. F. Bureau Langfuhr u. Abendkasse. — Die für „Schulstundentour“ gelassenen Karten haben am 17. d. Mts. noch keine Gültigkeit.

**Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus**

**4 Experimentalvorträge**

des Physikers Dr. A. Stadthagen-Berlin-Charlottenburg

1. Vortrag 14. Februar: Wellenraumkälte und Sonnentemperatur,
2. Vortrag 15. Februar: Geheimnisse, Rätsel und Wunder der indischen Jogi's und Fakire,
3. Vortrag 16. Februar: Geheimnisse des Okkultismus,
4. Vortrag 17. Februar: Exkursion in das Geheimgebiet der Taschenspieler, Gaukler, Fakire und fahrenden Leute.

Saalöffnung 6 Uhr Anfang 7 Uhr  
Karten von 6 Mark bis 20 Mark sind bei H. Lau, Langgasse und an der Abendkasse erhältlich. (6096)

**Volkfürsorge,**

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft — Sterbekasse. — Kein Pollicenverkauf. Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der Rechnungsstelle 16 Danzig Bruno Schömbel, Mattenbuden 35.

**Maskenkostüme**

f. Herren- u. Damen billig a verl. Manske, Schützenhaus, 11. (6098)

**Nicht zu viel**



**Erdal**  
putzt die Schuhe, pflegt das Leder  
Alleinhersteller: Werner & Mertz A.-G. Mainz.

Anfertigung sämtlicher **DRUCKSACHEN**

in geschmackvoller und sauberer Ausstattung

**Massenaufgaben** Kataloge - Broschüren Zeitschriften - Bücher

**Buchhandlung** in kürzester Zeit zu billigsten Preisen

Sozialistische Literatur in grösster Auswahl

**Danziger Volksstimme**  
Fernsprecher 3200 Am Spendhaus 6 Fernsprecher 720

Sieben erschienen! **Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe III. Teil: Neue Zeit** von M. Beer Preis 12.— Mark

Buchhandlung Volkswacht  
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

**Zeitungsträgerin**  
für Zoppot gesucht „Danziger Volksstimme“ Am Spendhaus 6.

**Verloren Möbel aller Art** wie Schatzkammer, Küchenmöbel, Standuhren Speisezimmer und Polstermöbel **A. Huse, Danzig, Fleischergasse 75/77 :: Telephon 1963.**

**Maschinenschreiben** auch auf poln. Masch. Tages- und Abendkurie Otto Slada, Neugarten 11.1

**Wäsche** wird sauber gewaschen u. im freien getrocknet, Fr. Brehke, Schildstr., Weinbergstr. 26 (†)

**Schulfr. Mädchen** für den ganzen Tag zu einem Kinde gef. Weib. Am Schild 7a pt. r. (†)

**Laufburschen** für den Nachmittag sucht „Danziger Volksstimme“ Am Spendhaus 6. (†)